

EUROPA heute — Das Meinungsklima in der Gemeinschaft

Rund 180 Millionen Wahlbürger Europas sind dazu aufgerufen, im Juni 1979 erstmals direkt über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abzustimmen. Zu wählen sind 410 Abgeordnete, wovon je 81 aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien kommen. Die Niederlande stellen 25 Parlamentarier, Belgien entsendet 24, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6.

Man hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung, denn eine solche verbessert die Position, die Legitimation des Parlaments und seiner Abgeordneten.

Aber werden die Europäer zu den Urnen gehen? Hat Europa im Bewußtsein seiner Bürger noch den Platz, der ihm eigentlich von seiner historischen Bedeutung her zusteht? Was denken die Europäer über die Gemeinschaft bzw. wie zufrieden sind sie mit der Gesellschaft und ihrem Leben?

Die Antworten auf diese Fragen interessierten auch die EG-Kommission. Deshalb wurden von Mai bis Juni 1978 in ihrem Auftrag europaweit rd. 9 000 Bürger nach ihren Ansichten und Absichten befragt. Einige interessante Ergebnisse dieser Studie seien hier dargestellt.

Das Lebensgefühl in der Gemeinschaft

Sind die Europäer zufrieden mit dem Leben, das sie führen? Sind sie mit ihrer Gesellschaft einverstanden?

Die Ergebnisse zeigen, daß europaweit die Zufriedenheit mit der augenblicklichen Lebenssituation recht groß ist: 77 % der Befragten geben an, sehr oder ziemlich zufrieden zu sein. Dabei entfällt der größere Teil auf diejenigen, die sich ziemlich zufrieden äußern (55 %). Insgesamt hat in der EG das Gefühl der Zufriedenheit seit dem Herbst 1977 nachgelassen.

Weniger einverstanden mit ihrem jetzigen Leben sind 22 % der europäischen Bürger. Die Unzufriedenen sind vor allem in Italien (37 %) und in Frankreich (28 %) beheimatet. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es 17 %, die ihre Lebenslage mit „nicht sehr zufrieden“ bzw. „überhaupt nicht zufrieden“

bezeichnen. Damit liegen die Deutschen auf Platz sieben der Skala, aber gerade noch über dem EG-Durchschnitt.

Gefragt, wie die Funktionsweise der Demokratie beurteilt wird, äußern 55 % der Euro-Bürger, daß sie sehr bzw. ziemlich zufrieden sind. Dagegen stehen 39 %, die ziemliche oder völlige Unzufriedenheit äußern.

Auch hier differenzieren die Ergebnisse sehr stark nach den Mitgliedstaaten: Am wenigsten zufrieden mit der Demokratie in ihrem Lande sind Italiener (72 %) und Franzosen (40 %).

Spitzenreiter in der „Zufriedenheitsskala“ sind die Luxemburger und die Deutschen. Es folgen die Iren und die Dänen.

Interessant ist, daß die Deutschen bei der Beurteilung der Demokratie einen Spitzenplatz einnehmen, bei der Einschätzung der eigenen Lebensumstände aber nicht. Anders in Frankreich und in Italien: dort entsprechen sich Unzufriedenheit mit der Demokratie und Unzufriedenheit mit der Lebenslage.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß in diesen beiden Ländern das höchste Potential (jeweils 8 %) für „eine radikale Änderung der Gesellschaft durch eine Revolution“ zu finden ist. Europaweit erreicht diese Gruppe nur eine Größe von 5 %.

Mit 1 % gibt es in der Bundesrepublik Deutschland die wenigsten Bürger, die solchen Gedanken anhängen.

Die größte Zustimmung in der Gemeinschaft findet der Gedanke „die Gesellschaft durch Reformen Schritt für Schritt zu verbessern“: 55 % stimmen hier zu. Besonders häufig unterstützt man diesen Gedanken auch in Frankreich (66 %), Belgien (63 %) und Luxemburg (59 %). Den letzten Platz nimmt mit 41 % Deutschland ein. In der Bundesrepublik Deutschland wird überwiegend (50 %) daran gedacht, „die bestehende Gesellschaft mutig gegen alle umstürzlerischen Kräfte zu verteidigen“, während in der gesamten EG nur 33 % diese Einstellung unterstützen.

Interessant ist, daß in der Vergangenheit dieses Denken in Deutschland immer stärker geworden ist: 1970 wollten erst 20 % die Gesellschaft vor umstürzlerischen Kräften bewahren, aber 70 % waren für schrittweise Reformen.

Informationsverhalten

Wie informiert man sich in Europa über die Gemeinschaft?

Die Ergebnisse belegen ein gewisses Desinteresse: 39 % sagen, man habe keine Zeit und man könne sich nicht für alles interessieren.

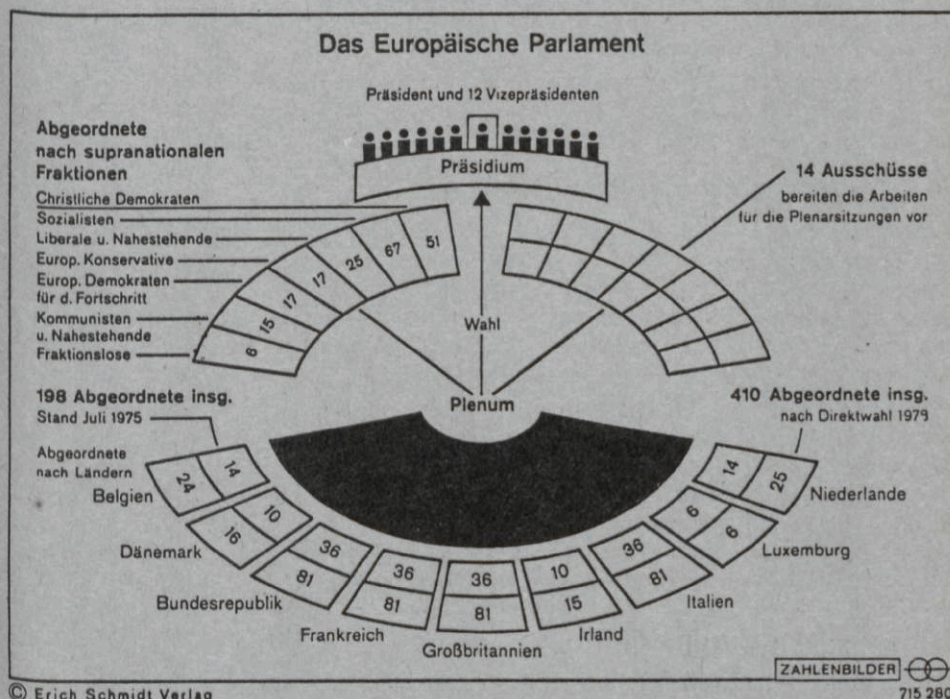
49 % widersprechen allerdings dieser Auffassung. Überdurchschnittlich selten ist man in Belgien, Italien und Frankreich bereit, sich über die Gemeinschaft zu informieren. Deutschland nimmt einen mittleren Platz ein.

Der Zeitvergleich zeigt, daß das Interesse an europäischen Informationen besonders bei Europäern mit niedrigem Bildungsniveau zurückgegangen ist.

Zudem hat sich in der EG die Auffassung verbreitet, daß Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen nicht genug über die europäischen Fragen berichten: 45 % der Bürger in den Mitgliedstaaten beklagen dies. Die Gegenposition wird von 36 % vertreten. Überdurchschnittlich oft wird das Verhalten der Medien in England, Italien und Irland beklagt.

Zustimmung findet bei der Hälfte der EG-Bevölkerung die These, daß die Medien zu oberflächlich über Europa berichten. Nur 27 % widersprechen dem. In Frankreich, Irland, England und Luxemburg liegt die Kritik über dem europäischen Mittel.

Gemessen am europäischen Standard scheinen die Deutschen mit der Europa-Berichterstattung in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen recht zufrieden zu sein.



Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments heute und nach der Direktwahl

Die Mitgliedschaft in der EG

Wie denkt man heute in Europa über die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EG?

Die Ergebnisse belegen eine gewisse Europamüdigkeit. Seit 1975 hat in den neun Staaten die positive Bewertung der EG-Mitgliedschaft nachgelassen: 63 % hielten es 1975 noch für eine gute Sache, in der EG zu sein; 1978 sind es nur noch 53 %.

Von dieser Entwicklung blieb auch die Bundesrepublik Deutschland nicht verschont. Doch hat sich hier das Meinungsklima inzwischen wieder etwas erholt, wenn auch noch nicht der Stand von 1973 oder 1975 erreicht ist. Anders in Frankreich, Irland, Italien und England: dort ist eine ausgesprochene Klimaver-schlechterung im Zeitablauf festzustellen.

Besonders die Briten, die 1975 noch zur Hälfte ihre Mitgliedschaft in der EG für eine gute Sache hielten, entfernten sich immer weiter von Europa: Heute äußern sich nur noch 29 % positiv, aber schon 38 % negativ über Europa.

Damit liegen sie eindeutig am Ende der Skala des Interesses an der Gemeinschaft. Nicht ganz so schlecht die Dänen: 34 % halten Europa für eine gute Sache.

Die europafreudigsten Völker sind zur Zeit die Holländer (78 %), Luxemburger (73 %) und die Italiener (65 %). Mit 58 % folgen dann Belgien und die Bundesrepublik Deutschland.

Befürworter und Gegner der Direktwahl

Die Meinungslage in Europa ist eindeutig: Gut 70 % aller europäischen Bürger sprechen sich für die direkte Wahl der Abgeordneten aus; der Anteil der Direktwahlgegner liegt knapp über 10 %. Damit hat sich seit Herbst 1976 — bis dahin nahm die Zahl der Befürworter noch zu — an der Meinungslage in der EG kaum etwas geändert. Dennoch zeigen sich von Land zu Land interessante Unterschiede.

So wird die Europawahl in Luxemburg (82 %), in den Niederlanden (80 %) und in Italien (77 %) am häufigsten befürwortet. Die geringste Zustimmung kommt aus Dänemark (54 %), Belgien (64 %) und aus dem Vereinigten Königreich (65 %). Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit 74 % einen mittleren Platz ein. In einigen Ländern zeichnet sich außerdem Verunsicherung ab: Die Zahl der Bürger, die die Antwort verweigern, hat in Dänemark, Deutschland und Frankreich tendenziell zugenommen. Das mag auf eine gewisse Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit in diesen Ländern hindeuten.

Bedeutung der Europawahl

Ist die erste Direktwahl ein Ereignis von großer Bedeutung, das die politische Einigung Europas beschleunigt?

Immerhin vertritt nicht ganz die Hälfte (48 %) der Europäer diese Ansicht. Aber auch Bedenken werden angemeldet: 30 % bekennen sich zu der Ansicht, dies sei

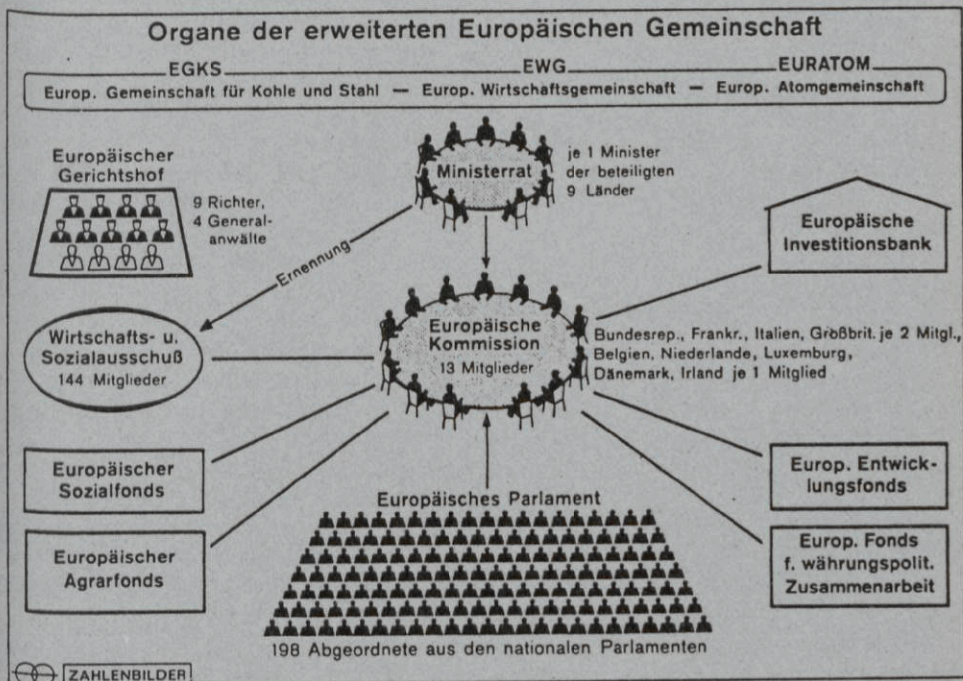
kein besonderes Ereignis, da die nationalen Regierungen nicht an die Beschlüsse des Euro-Parlaments gebunden seien.

Auch hier zeigen sich nationale Unterschiede. Italiener (58 %) und Luxemburger (54 %) glauben ganz besonders an die Bedeutung des Wahlgangs. Dagegen sind Dänen (42 %), Deutsche (44 %) und Briten (44 %) außerordentlich skeptisch, was die Bedeutung der Wahl angeht.

Der Zeitvergleich macht deutlich, daß im Durchschnitt der EG, besonders aber in Belgien, Frankreich, Holland und im Vereinigten Königreich die positive Einschätzung nachgelassen hat.

Beteiligung an der Europawahl

77 % der Europäer waren sich im Frühjahr 1978 mehr oder weniger sicher, daß sie im Juni 1979 den Gang zur Wahlurne nicht scheuen werden. Ganz sicher war sich



715 277

© Erich Schmidt Verlag

Organisationsschema der Europäischen Gemeinschaft nach dem Stand von 1976

etwa jeder zweite EG-Bürger (51 %); für 26 % war es sehr wahrscheinlich. Nach diesen Ergebnissen kann in Italien, in den Niederlanden und in Frankreich mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung gerechnet werden.

Am wenigsten beteiligen werden sich Belgier und Dänen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland (72 %) liegt der ermittelte Anteil noch deutlich unter dem Durchschnitt.

Im Zeitraum Frühjahr 1977 bis Frühjahr 1978 ist in der gesamten EG die Wahlbereitschaft geringfügig gestiegen.

Auch für die Bundesrepublik Deutschland kann eine Verbesserung registriert werden: Von 64 % stieg die „potentielle Wahlbeteiligung“ auf 72 %. Berücksichtigt man nur diejenigen, die sich schon ganz sicher sind, daß sie zur Wahl gehen, dann zeichnet sich auch für Frankreich, Luxemburg und Holland eine positive Entwicklung ab.

Eine positive Auswirkung auf die Wahlbeteiligung der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments kann man von der Tatsache erwarten, daß gerade Meinungsführer in besonderem Maße entschlossen sind, zur Wahlurne zu gehen. Dies dürfte mehr oder weniger große Teile der noch unschlüssigen Wähler im Sinne einer Stimmabgabe beeinflussen.

An den Ergebnissen fällt besonders auf, daß die Bereitschaft, sich an der Wahl zu beteiligen, sehr stark von der Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft abhängt: Die Bürger, die der EG positiv gegenüberstehen, sind viel häufiger bereit, ihre Stimme am Wahltag abzugeben.

Zukunftserwartungen

Über die weitere Zukunft der Europäischen Gemeinschaft gibt es verschiedene Meinungen. So wird einmal angenommen, die EG brauche nicht nur ein direktgewähltes Parlament, sondern auch eine supranationale Regierung, die in wichtigen Bereichen das letzte Sagen hat. Zum anderen wird die Auffassung vertreten, die Regierungen in den einzelnen Ländern sollten das letzte Wort haben.

Wie denken die Europäer darüber?

Insgesamt befürworten sie mit je 41 % beide Möglichkeiten; also kein klares Resultat. Weitere 18 % nehmen zu dieser Frage keine Stellung.

Die länderspezifischen Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede: Italiener (57 % : 29 %) und — in geringerem Maße — Franzosen (45 % : 34 %) befürworten die „große“ supranationale Lösung.

Dagegen entscheidet sich die Bevölkerung Dänemarks (16 % : 65 %), Irlands (18 % : 68 %) und Englands (28 % : 56 %) eindeutig für den Verbleib der Kompetenzen bei den nationalen Regierungen.

Ein in dieser Frage eher gespaltenes Meinungsbild ist in Belgien, Deutschland, Luxemburg und in den Niederlanden zu konstatieren.

In Deutschland stehen sich die Meinungen mit 40 % : 40 % gleich stark gegenüber.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, was die europäische Bevölkerung von den zukünftigen direktgewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments erwartet. Soll ein Abgeordneter europäische Interessen wahren oder sollte er immer die Interessen des eigenen Landes vertreten?

In dieser Frage gehen in Europa die Meinungen ebenfalls auseinander: 43 % stimmen für die Vertretung gesamteuropäischer Interessen, 43 % befürworten die nationale Haltung.

Das war nicht immer so: Im Herbst 1977 entschieden sich 48 % für die Vertretung europäischer Interessen, und 41 % äußerten sich im nationalen Sinne.

Wie sieht es in den Ländern aus?

Das Ergebnis zeigt ähnliche Muster wie bei der vorangegangenen Fragestellung. Die Einwohner Belgiens, Dänemarks, Irlands und Englands tendieren eher dazu, von einem Parlamentarier im Euro-Parlament die Interessenvertretung des eigenen Landes zu erwarten.

Deutsche, Franzosen und Niederländer betonen eher den supranationalen Gedanken, und Italiener und Luxemburger sind unentschieden.

Die größte Unsicherheit bei dieser Frage zeigt sich in der Bundesrepublik Deutschland: hier ist die größte Zahl an Unentschiedenen festzustellen.

Bürger Europas

Man muß sich fragen, ob die Möglichkeit, das Europäische Parlament direkt zu wählen, das Gefühl der Menschen in den Ländern verstärkt, „Bürger Europas“ zu sein.

In der gesamten EG meinen 46 % der Befragten, daß dies der Fall ist. Eine widersprechende Ansicht vertreten aber immerhin noch 34 %. In Irland, Italien, Luxemburg und in Großbritannien wird die optimistische Auffassung öfter vertreten als im Durchschnitt.

Deutsche und Franzosen liegen mit ihrem Urteil nahe am Mittelwert, während Belgier, Dänen und Niederländer das ganze eher pessimistisch betrachten.

Meinungsführer in der EG und ganz besonders in der Bundesrepublik Deutschland glauben viel stärker daran, daß man sich nach den Direktwahlen als Bürger Europas fühlt.

Daten von Ende 1977 zeigen, daß die Verbundenheit mit der Europäischen Gemeinschaft in den einzelnen Ländern stark unterschiedlich ausgeprägt ist. So gaben europaweit 45 % der Bürger an, ein Scheitern der Gemeinschaft würden sie

sehr bedauern. Dieser Gruppe standen 32 % gegenüber, denen es gleichgültig wäre, wenn die EG scheitern würde. 12 % wären sogar erleichtert.

In der Bundesrepublik Deutschland sind es immerhin 53 %, die mit Bedauern eine Auflösung der EG zur Kenntnis nehmen. Nur in Luxemburg und in den Niederlanden sind es noch mehr.

Eine überdurchschnittliche Gleichgültigkeit ist in Frankreich und Italien festzustellen. Dagegen sind Dänemark und Großbritannien die Länder, in denen ein großer Teil der Bürger (34 % bzw. 36 %) erleichtert wäre, würde die Gemeinschaft scheitern.

Ergebnis

Eine leichte Europamüdigkeit in der Gemeinschaft der Neun ist zur Zeit zu vermelden. Dennoch dominiert in allen Mitgliedstaaten ganz eindeutig die positive Beurteilung der Direktwahl zum Europäischen Parlament. Dabei ist sich der Euro-Bürger aber nicht ganz sicher, ob er diesem positiven Ereignis eine große oder weniger große Bedeutung beimessen soll. Teilweise ist auch Gleichgültigkeit zu beobachten.

Wie dem aber auch immer sei, ein sehr großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung wird im Juni 1979 zu den Wahlurnen gehen. Der bis dahin geführte Wahlkampf wird zur weiteren Aufklärung und Mobilisierung beitragen. Mit welchen Argumenten die Parteien ihren Wahlkampf auch führen mögen, daß Europa eine gute Sache ist, wird — zumindest in der Bundesrepublik Deutschland — von keiner Partei bezweifelt.

Und eine positive Stimmung für Europa führt, wie wir gesehen haben, zu einer vermehrten Wahlbereitschaft.